

# GESAMTSYNOPSE (2023)

zur Arbeitsfassung/Diskussionsgrundlage (23.8.2016)

zur Vorbereitung eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen

(aktualisiert durch Arbeitsfassung/Diskussionsgrundlage für Fachgespräche, 7./16.9.2016)



<b>Bisherige Fassung</b> (XXX = Änderungen zu 2017)	<b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)
<b>Sozialgesetzbuch (SGB) – Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)</b>	
<p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in <del>Tagespflege</del> (§§ 22 bis 25),</li> <li>4. <del>Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40),</del></li> <li>5. <del>Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40),</del></li> <li>6. <del>Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung</del> (§ 41).</li> </ol> <p>(3) [...]</p>	<p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in <b>Kindertagespflege</b> (§§ 22 bis 25),</li> <li>4. <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder oder Jugendliche (§§ 27, 30 bis 41),</b></li> <li>5. <b>Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern (§§ 29, 36 bis 41),</b></li> <li>6. <b>Leistungen zur Verselbständigung</b> für junge Volljährige (§§ <b>28, 36 bis 41</b>).</li> </ol> <p>(3) [...]</p>
<p><b>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht</b></p> <p>(1) Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der <b>Hilfe</b> zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.</p> <p>(2) Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Wünscht der Leistungsberechtigte die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung im Einzelfall oder nach Maßgabe des <b>Hilfeplans</b> (§ <b>36</b>) geboten ist.</p>	<p><b>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht</b></p> <p>(1) Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der <b>Leistung</b> zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.</p> <p>(2) Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Wünscht der Leistungsberechtigte die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung im Einzelfall oder nach Maßgabe des <b>Leistungsplan[e]s</b> (§ <b>38</b>) geboten ist.</p>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b> (<del>XXX</del> = Änderungen zu 2017)</p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)</p>
<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von <b>Hilfen</b> für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p> <p>(2) [...] [...]</p> <p>(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen,</li> <li>2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie</li> <li>3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</li> </ol>	<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</li> <li>2. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen <b>sowie</b></li> <li>3. <b>Personen nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz, die dem Jugendamt nach § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen.</b></li> </ol> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von <b>Leistungen</b> für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p> <p>(2) [...] [...]</p> <p>(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen,</li> <li>2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie</li> <li>3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.</li> </ol>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b> (<del>XXX</del> = Änderungen zu 2017)</p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)</p>
<p>In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von <b>Hilfen</b> hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.</p> <p>(5) [...]</p>	<p>In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von <b>Leistungen</b> hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.</p> <p>(5) [...]</p>
<p><b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem <b>Zwölften</b> Buch vor. <del>Abweichend von Satz 1 gehen Leistungen nach § 27a Absatz 1 in Verbindung mit § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches und Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch für junge Menschen, die körperlich oder geistig behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, den Leistungen nach diesem Buch vor. Landesrecht kann regeln, dass Leistungen der Frühförderung für Kinder unabhängig von der Art der Behinderung vorrangig von anderen Leistungsträgern gewährt werden.</del></p>	<p><b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem <b>Neunten</b> Buch, <b>Teil 2</b> vor.</p> <p><b>(5) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Zwölften Buch vor.</b></p>
<p><b>§ 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen</b></p> <p>(1) Fällt der Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll der andere Elternteil bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes unterstützt werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. er wegen berufsbedingter Abwesenheit nicht in der Lage ist, die Aufgabe wahrzunehmen,</li> <li>2. die <b>Hilfe</b> erforderlich ist, um das Wohl des Kindes zu gewährleisten,</li> <li>3. Angebote der Förderung des Kindes in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege nicht ausreichen.</li> </ol> <p>(2) [...]</p>	<p><b>§ 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen</b></p> <p>(1) Fällt der Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen aus, so soll der andere Elternteil bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes unterstützt werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. er wegen berufsbedingter Abwesenheit nicht in der Lage ist, die Aufgabe wahrzunehmen,</li> <li>2. die <b>Leistung</b> erforderlich ist, um das Wohl des Kindes zu gewährleisten,</li> <li>3. Angebote der Förderung des Kindes in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege nicht ausreichen.</li> </ol> <p>(2) [...]</p>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b> (<del>XXX</del> = Änderungen zu 2017)</p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)</p>
<p style="text-align: center;"><b>Neu: § 21a Ergänzende Betreuung schulpflichtiger Jugendlicher mit Behinderungen</b></p> <p>Für schulpflichtige Jugendliche mit Behinderungen, die der ergänzenden Betreuung bedürfen, ist ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Einrichtungen oder bei einer Pflegeperson vorzuhalten. Der Umfang der ergänzenden Betreuung richtet sich nach dem individuellen Bedarf. § 74a gilt entsprechend.</p>	
<p><b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen</b> [...]</p> <p>(4) Kinder mit und ohne <del>Behinderung</del> sollen, <del>sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen</del> gemeinsam gefördert werden. <del>Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten.</del></p> <p>(5) [...]</p>	<p><b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen</b> [...]</p> <p>(4) Kinder mit und ohne <b>Behinderungen</b> sollen gemeinsam gefördert werden. <b>Die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, sind zu berücksichtigen.</b></p> <p>(5) [...]</p>
<p style="text-align: center;"><b>Zweites Kapitel</b> <b>Leistungen der Jugendhilfe</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Vierter Abschnitt</b> <del>Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige</del></p> <p style="text-align: center;"><b>Erster Unterabschnitt</b> <del>Hilfe zur Erziehung</del></p> <p><b>§ 27 <del>Hilfe zur Erziehung</del></b></p> <p>(1) <del>Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.</del></p> <p>(2) <del>Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Die Hilfe ist in der Regel im Inland zu erbringen; sie darf nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der Hilfeplanung zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist.</del></p>	<p style="text-align: center;"><b>Zweites Kapitel</b> <b>Leistungen der Jugendhilfe</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Vierter Abschnitt</b> <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche, Leistungen zur Verselbständigung für junge Volljährige, Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Erster Unterabschnitt</b> <b>Grundsätze der Leistungen</b></p> <p><b>§ 27 Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche</b></p> <p>(1) <b>Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf Leistungen zur Gewährleistung ihrer Entwicklung zu einer möglichst eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen sowie selbstbestimmten Persönlichkeit und Teilhabe am Leben (Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe) nach Maßgabe der Absätze 2 und 3.</b></p> <p>(2) <b>Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf geeignete und notwendige Leistungen zur Unterstützung ihrer Erziehung sowie zur Förderung [ihrer] Entwicklung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, wenn die ihrem Wohl entsprechende Entwicklung zu einer möglichst eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen sowie selbstbestimmten Persönlichkeit und Teilhabe am Leben nicht gewährleistet ist. Diese Leistungen umfassen insbesondere die Gewährung sozialpädagogischer, pädagogischer und damit verbundene therapeutische Leistungen.</b></p>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b> (<del>XXX</del> = Änderungen zu 2017)</p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)</p>
<p><del>(2a) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen; die Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36 und 37 zu decken.</del></p> <p><del>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Sie soll bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen.</del></p>	<p><b>(3) Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Neunten Buches und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche nach § 2 Absatz 1 Satz 3 des Neunten Buches, deren Beeinträchtigungen die Folge einer Schädigung der Körperfunktion und -struktur sind und die dadurch in Wechselwirkung mit den Barrieren in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind oder ihnen nach fachlicher Kenntnis eine Einschränkung ihrer Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit droht, haben einen Anspruch auf geeignete und notwendige Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe an Bildung und zur sozialen Teilhabe. Insbesondere haben sie einen Anspruch auf</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. medizinische und damit verbundene therapeutische Leistungen nach Maßgabe des § 109 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>2. Schulbegleitung nach Maßgabe des § 112 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>3. heilpädagogische und damit verbundene nichtärztliche therapeutische, psychologische, sonderpädagogische und psychosoziale Leistungen nach Maßgabe des § 79 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>4. Assistenzleistungen nach Maßgabe des § 78 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>5. Beschaffungs-, Umbau-, Ausstattungs- und Erhaltungsmaßnahmen für Wohnraum nach Maßgabe des § 77 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>6. Beförderungsleistungen und Leistungen für ein Kraftfahrzeug nach Maßgabe des § 114 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>7. Beihilfen zum Besuch nach Maßgabe des § 115 des Neunten Buches,</b></li> <li><b>8. nicht medizinische Hilfsmittel nach Maßgabe des § 84 des Neunten Buches.</b></li> </ol>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b> (<del>XXX</del> = Änderungen zu 2017)</p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023</b> (einschl. Änderungen für 2017)</p>
<p>(4) <del>Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</del></p>	<p>Soweit dieses Buch nichts Abweichendes regelt, gelten für die Leistungen aus Satz 1 und 2 die Bestimmungen zu der Art der Leistung und dem Leistungsumfang des zweiten Teils des Neunten Buches. Regelungen aus dem ersten Teil des Neunten Buches bleiben unberührt, soweit diese Bestimmungen auf Kinder oder Jugendliche Anwendung finden und sich aus den Bestimmungen dieses Buches nichts anderes ergibt. § 29 des Neunten Buches ist anzuwenden.</p> <p>(4) Die Leistungen nach Absatz 2 und 3 werden insbesondere nach Maßgabe der Leistungsarten nach §§ 30 bis 33 als ambulante, teilstationäre oder stationäre Dienstleistung oder als Sach- oder Geldleistung auf der Grundlage der Leistungsplanung nach § 36 erbracht. § 10 bleibt unberührt.</p>
<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung</b></p> <p>(1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p>	<p><b>§ 28 Leistungen zur Verselbständigung für junge Volljährige</b></p> <p>(1) Junge Volljährige haben Anspruch auf Fortsetzung geeigneter und notwendiger Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe, wenn und solange eine einer eigenverantwortlichen und möglichst selbständigen und selbstbestimmten Lebensführung entsprechende Persönlichkeitsentwicklung nicht gewährleistet ist und das Ziel der Verselbständigung nach Maßgabe des Leistungsplans erreichbar ist. Eine Beendigung der Leistung schließt den Anspruch auf deren Fortsetzung nicht aus. In begründeten Einzelfällen sollen jungen Volljährigen geeignete und notwendige Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe erstmalig gewährt werden, wenn sie das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. § 27 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Junge Volljährige sollen auch nach Beendigung der Leistung bei der Verselbständigung beraten und unterstützt werden.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p style="text-align: center;"><b>§ 29 Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern</b></p> <p>(1) Zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz haben die Eltern oder Erziehungsberechtigten eines nach § 27 Absatz 1 leistungsberechtigten Kindes oder Jugendlichen einen Anspruch auf geeignete und notwendige Leistungen insbesondere der Erziehungsberatung nach § 30 sowie der sozialpädagogischen Begleitung nach § 30c.</p> <p>(2) Werden dem nach § 27 Absatz 1 leistungsberechtigten Kind oder Jugendlichen Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe gewährt, haben seine Eltern Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind.</p> <p>(3) Bei Leistungen nach §§ 31 bis 32b sollen durch die Beratung und Unterstützung der Eltern des Kindes oder Jugendlichen und die Förderung der Beziehung zwischen den Eltern und dem Kind oder Jugendlichen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, dient die Beratung und Unterstützung der Eltern der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe wirkt durch eine abgestimmte Wahrnehmung der Aufgaben nach Satz 1 und 2 sowie § 35a darauf hin, dass die Pflegeperson oder die in der Einrichtung für die Förderung des Kindes oder Jugendlichen verantwortliche Person und die Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen zusammenarbeiten.</p>	
<p><b>§ 28 Erziehungsberatung</b></p> <p>Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste und -einrichtungen sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen. Dabei sollen Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenwirken, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind.</p>	<p><b>§ 30 Erziehungsberatung, Beratung für Kinder und Jugendliche, Familienberatung</b></p> <p>Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste und -einrichtungen sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, <b>bei der Stärkung der Selbsthilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft</b>, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen. Dabei sollen Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenwirken, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind.</p>
<p style="text-align: center;"><b>Neu: § 30a Früherkennung und Frühförderung</b></p> <p>Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderungen bedrohte Kinder sollen auf der Grundlage eines ganzheitlichen und interdisziplinären Konzepts unter Berücksichtigung und Einbeziehung des engeren sozialen Umfelds des Kindes eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennen oder die Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen ausgleichen oder mildern. Die Leistungen der Früherkennung und Frühförderung bestimmen sich nach §§ 42 Absatz 2 Nummer 2, 46 des Neunten Buches. §§ 36 bis 38 und §§ 76a bis 76c finden keine Anwendung.</p>	

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 29 Soziale Gruppenarbeit</b></p> <p>Die Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit soll auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördern.</p>	<p><b>§ 30b Soziale Gruppenarbeit</b></p> <p>Die Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit soll auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördern.</p>
<p><b>§ 30 Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer</b></p> <p>Der Erziehungsbeistand und der Betreuungshelfer sollen das Kind oder den Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds unterstützen und unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Verselbständigung fördern.</p> <p><b>§ 31 Sozialpädagogische Familienhilfe</b></p> <p>Sozialpädagogische Familienhilfe soll durch intensive Betreuung und Begleitung Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe geben. Sie ist in der Regel auf längere Dauer angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familie.</p>	<p><b>§ 30c Sozialpädagogische Begleitung</b></p> <p><b>Sozialpädagogische Begleitung unterstützt Kinder oder Jugendliche</b> bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen <b>oder begleitet und berät</b> Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen. <b>Sowohl diejenigen Leistungen, die stärker auf die Unterstützung des Kindes oder Jugendlichen ausgerichtet sind, als auch diejenigen Leistungen, die stärker die Unterstützung und Begleitung der Familie im Blick haben, fördern die Verselbständigung und die Selbsthilfe.</b></p>
<p><b>§ 32 Erziehung in einer Tagesgruppe</b></p> <p><b>Hilfe zur Erziehung</b> in einer Tagesgruppe soll die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung <b>und Elternarbeit</b> unterstützen und dadurch den Verbleib des Kindes oder des Jugendlichen in seiner Familie sichern. Die <b>Hilfe</b> kann auch in geeigneten Formen der Familienpflege <b>geleistet werden</b>.</p>	<p><b>§ 31 Förderung in Tagesgruppe</b></p> <p><b>Die Förderung</b> in einer Tagesgruppe soll die Entwicklung <b>und Teilhabe</b> des Kindes oder des Jugendlichen durch</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. soziales Lernen in der Gruppe,</li> <li>2. <b>heilpädagogische Leistungen nach Maßgabe von § 79 des Neunten Buches,</b></li> <li>3. Begleitung der schulischen Förderung,</li> </ol> <p>unterstützen und dadurch <b>insbesondere</b> den Verbleib des Kindes oder des Jugendlichen in seiner Familie sichern. Die <b>Förderung</b> kann <b>eine Kombination aller oder einzelner Leistungssegmente nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 umfassen und</b> auch in geeigneten Formen der Familienpflege <b>erfolgen. Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass die in der Einrichtung für die Förderung verantwortlichen Personen oder die Pflegeperson und die Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen zusammenwirken.</b></p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 33 Vollzeitpflege</b></p> <p><del>Hilfe zur Erziehung in</del> Vollzeitpflege soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen und seinen persönlichen Bindungen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der <del>Erziehungsbedingungen</del> in der Herkunftsfamilie <del>Kindern und</del> Jugendlichen in einer anderen Familie eine zeitlich befristete <del>Erziehungshilfe</del> oder eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten. Für besonders <del>entwicklungsbeeinträchtigte</del> Kinder und Jugendliche sind geeignete Formen der Familienpflege zu schaffen und auszubauen.</p>	<p><b>§ 32 Vollzeitpflege</b></p> <p>Vollzeitpflege soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen und seinen persönlichen Bindungen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der <del>Entwicklungs-, Erziehungs- oder Teilhabebedingungen</del> in der Herkunftsfamilie <del>dem Kind oder</del> Jugendlichen in einer anderen Familie eine zeitlich befristete <del>Betreuung und Förderung</del> oder eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten. Für besonders <del>entwicklungs- oder teilhabebeeinträchtigte</del> Kinder und Jugendliche sind geeignete Formen der Familienpflege zu schaffen und auszubauen. <b>Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass die Pflegeperson und die Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen zusammenwirken.</b></p>
<p><b>§ 34 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform</b></p> <p><del>Hilfe zur Erziehung in</del> einer Einrichtung über Tag und Nacht (<del>Heimerziehung</del>) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform <del>soll</del> Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung <del>fördern. Sie soll entsprechend</del> dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der <del>Erziehungsbedingungen</del> in der Herkunftsfamilie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><del>1</del> eine Rückkehr in die Familie <del>zu erreichen versuchen oder</del></li> <li><del>2</del> die Erziehung in einer anderen Familie <del>vorbereiten</del> oder</li> <li><del>3</del> eine auf längere Zeit angelegte Lebensform <del>bieten</del> und auf ein selbständiges Leben <del>vorbereiten</del>.</li> </ul> <p><del>Jugendliche sollen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung sowie der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden.</del></p>	<p><b>§ 32a Stationäre Förderung in Einrichtungen oder in sonstigen betreuten Wohnformen</b></p> <p><b>In</b> einer Einrichtung über Tag und Nacht oder in einer sonstigen betreuten Wohnform <del>sollen</del> Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. pädagogischen und therapeutischen Angeboten,</li> <li>2. <b>heilpädagogischen Leistungen nach Maßgabe von § 79 des Neunten Buches oder</b></li> <li>3. <b>Leistungen zur Schulbildung und zur schulischen Berufsausbildung nach Maßgabe von § 75 des Neunten Buches</b></li> </ol> <p>in ihrer Entwicklung <del>und Teilhabe gefördert werden. Die Förderung kann eine Kombination aller oder einzelner Leistungssegmente nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 umfassen. Entsprechend</del> dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der <del>Entwicklungs-, Erziehungs- oder Teilhabebedingungen</del> in der Herkunftsfamilie <del>soll</del> eine Rückkehr in die Familie <del>angestrebt</del>, die Erziehung, <del>Betreuung und Förderung</del> in einer anderen Familie <del>vorbereitet</del> oder eine auf längere Zeit angelegte Lebensform <del>geboten</del> und auf ein selbständiges Leben <del>vorbereitet werden. Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass die in der Einrichtung für die Förderung verantwortlichen Personen und die Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen zusammenwirken.</del></p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p style="text-align: center;"><b>Neu: § 32b Betreute Wohngruppe, Jugendwohnen [2017 bis 2022: § 34a]</b></p> <p>In einer betreuten Wohngruppe oder im Rahmen des Jugendwohnens sollen Jugendliche beim Übergang in eine selbständige Lebensführung durch Förderung ihrer Fähigkeiten zur Alltagsbewältigung sowie Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung insbesondere in Verbindung mit Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen unterstützt werden.</p>	
<p><b>§ 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung</b></p> <p>Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen <del>Integrati-</del><del>on</del> und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Die <del>Hilfe ist</del> in der Regel auf längere Zeit angelegt und <del>soll</del> den individuellen Bedürfnissen des Jugendlichen Rechnung tragen.</p>	<p><b>§ 33 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung</b></p> <p>Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen <b>Teilhabe</b> und zu einer <b>selbstbestimmten und</b> eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Die <b>Leistung soll</b> in der Regel auf längere Zeit angelegt <b>sein</b> und den individuellen Bedürfnissen des Jugendlichen Rechnung tragen.</p>
<p><b>§ 39 Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder <del>des</del> Jugendlichen</b></p> <p>(1) <del>Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 bis 4</del> gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</p> <p>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. <del>Sie</del> umfassen <del>außer im Fall des § 32 und des § 35a Absatz 2 Nummer 2</del> auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird <del>in den Fällen der §§ 34, 35, 35a Absatz 2 Nummer 4</del> von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. <del>Die</del> laufenden Leistungen im Rahmen der <del>Hilfe in</del> Vollzeitpflege (§ 33) <del>oder bei einer geeigneten Pflegeperson (§ 35a Absatz 2 Nummer 3)</del> sind nach den Absätzen 4 bis 6 zu bemessen.</p> <p>(3) [...]</p>	<p style="text-align: center;"><b>Zweiter Unterabschnitt</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Annexleistungen bei teilstationären und stationären Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b></p> <p><b>§ 34 Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen</b></p> <p>(1) <b>Werden teilstationäre oder stationäre Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</p> <p>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. <b>Hierzu gehören bei stationären Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe insbesondere auch notwendige Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen bei oder in Ergänzung von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die laufenden Leistungen umfassen bei stationären Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird <b>bei stationären Leistungen</b> von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. <b>Abweichend hiervon sind die</b> laufenden Leistungen im Rahmen der Vollzeitpflege (§ 32) nach den Absätzen 5 bis 7 zu bemessen.</p> <p>(3) [...]</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>(4) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht übersteigen. Die laufenden Leistungen umfassen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt gewähren, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</p> <p>(5) Die Pauschalbeträge für laufende Leistungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festgesetzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von Kindern und Jugendlichen durch eine Staffelung der Beträge nach Altersgruppen Rechnung zu tragen. Das Nähere regelt Landesrecht.</p> <p>(6) Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.</p>	<p><b>(4) Bei stationären Leistungen können dem Kind oder Jugendlichen oder seinen Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet oder die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung des Kindes oder Jugendlichen übernommen werden.</b></p> <p>(5) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht übersteigen. Die laufenden Leistungen umfassen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt gewähren, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</p> <p>(6) Die Pauschalbeträge für laufende Leistungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festgesetzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von Kindern und Jugendlichen durch eine Staffelung der Beträge nach Altersgruppen Rechnung zu tragen. Das Nähere regelt Landesrecht.</p> <p>(7) Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>(7) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während <del>ihres</del> Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so ist auch der notwendige Unterhalt dieses Kindes sicherzustellen.</p>	<p>(8) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während <del>des</del> Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so ist auch der notwendige Unterhalt dieses Kindes sicherzustellen.</p>
<p><b>§ 40 Krankenhilfe</b></p> <p><del>Wird Hilfe nach den §§ 33 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 3 oder 4 gewährt, so ist auch Krankenhilfe zu leisten; für den Umfang der Hilfe gelten die §§ 47 bis 52 des Zwölften Buches entsprechend. Krankenhilfe muss den im Einzelfall notwendigen Bedarf in voller Höhe befriedigen. Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen sind zu übernehmen. Das Jugendamt kann in geeigneten Fällen die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung übernehmen, soweit sie angemessen sind.</del></p>	<p><b>§ 35 Leistungen zur Gesundheit und zur medizinischen Rehabilitation</b></p> <p>(1) Werden stationäre Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe gewährt, so umfassen diese auch Leistungen zur Gesundheit und in den Fällen des § 27 Absatz 3 auch zur medizinischen Rehabilitation des Kindes oder Jugendlichen. Für die Ausgestaltung der Leistungen zur Gesundheit gelten die §§ 47 bis 51 des Zwölften Buches entsprechend. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind insbesondere die in § 42 Absatz 2 und 3 des Neunten Buches genannten Leistungen. Leistungen zur Gesundheit und zur medizinischen Rehabilitation entsprechen den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.</p> <p>(2) Leistungsberechtigte haben die freie Wahl unter den Ärzten und Zahnärzten sowie den Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen entsprechend den Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung.</p> <p>(3) Bei der Erbringung von Leistungen sind die für die gesetzlichen Krankenkassen nach dem Vierten Kapitel des Fünften Buches geltenden Regelungen mit Ausnahme des Dritten Titels des Zweiten Abschnitts anzuwenden. Ärzte, Psychotherapeuten im Sinne des § 28 Absatz 3 Satz 1 des Fünften Buches und Zahnärzte haben für ihre Leistungen Anspruch auf die Vergütung, welche die Ortskrankenkasse, in deren Bereich der Arzt, Psychotherapeut oder der Zahnarzt niedergelassen ist, für ihre Mitglieder zahlt. Die sich aus den §§ 294, 294a, 295, 300 bis 302 des Fünften Buches für die Leistungserbringer ergebenden Verpflichtungen gelten auch für die Abrechnung von Leistungen nach diesem Kapitel mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Vereinbarungen nach § 303 Absatz 1 sowie § 304 des Fünften Buches gelten für den Träger der öffentlichen Jugendhilfe entsprechend.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</b></p> <p><del>(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und</del></li> <li><del>2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.</del></li> </ol> <p><del>Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</del></p> <p><del>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und psychotherapie,</del></li> <li><del>2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder</del></li> <li><del>3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt,</del></li> </ol> <p><del>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</del></p> <p><del>(2) Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. in ambulanter Form,</del></li> <li><del>2. in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,</del></li> <li><del>3. durch geeignete Pflegepersonen und</del></li> </ol>	<p><b>§ 35a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson, örtliche Prüfung [2017 bis 2022: § 37]</b></p> <p>(1) Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung; dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen keine Leistung nach § 27 gewährt wird oder die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet wird. § 23 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.</p> <p>(2) Sofern der Inhaber der Personensorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Vertretungsmacht der Pflegeperson soweit eingeschränkt, dass dies eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwick-</p>

<p style="text-align: center;"><b>Bisherige Fassung</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)</b></p>
<p><del>4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet.</del></p> <p><del>(3) Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie die Art der Leistungen richten sich nach § 53 Absatz 3 und 4 Satz 1, den §§ 54, 56 und 57 des Zwölften Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden.</del></p> <p><del>(4) Ist gleichzeitig Hilfe zur Erziehung zu leisten, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen in Anspruch genommen werden, die geeignet sind, sowohl die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen als auch den erzieherischen Bedarf zu decken. Sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in Tageseinrichtungen für Kinder zu gewähren und lässt der Hilfebedarf es zu, so sollen Einrichtungen in Anspruch genommen werden, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.</del></p>	<p>lung nicht mehr ermöglicht, sowie bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten.</p> <p>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung bei der Pflegeperson gewährleistet ist. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>Dritter Unterabschnitt</b>  <b>Gemeinsame Vorschriften für die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</b></p> <p><b>§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan</b></p> <p>(1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Vor und während einer langfristig zu leistenden Hilfe außerhalb der eigenen Familie ist zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt. Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die in Satz 1 genannten Personen bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach</p>	<p style="text-align: center;"><b>Dritter Unterabschnitt</b>  <b>Leistungsplanung und Steuerungsverantwortung</b></p> <p><b>§ 36 Leistungsplanung</b></p> <p>(1) Gegenstände der <b>Leistungsplanung</b> sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Klärung der Lebens-, Entwicklungs- und Erziehungssituation des Kindes oder Jugendlichen oder die Lebens- und Entwicklungssituation des jungen Volljährigen unter Einbeziehung seines sozialen Umfelds,</li> <li>2. die daraus resultierende Feststellung des individuellen Bedarfs des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen (§ 37),</li> <li>3. die daraus abzuleitende Auswahl der geeigneten und notwendigen Leistungen hinsichtlich Ziel, Art und Umfang (§ 36b).</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><del>§ 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprechen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans nach Absatz 2 geboten ist.</del></p> <p><del>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Erscheinen Maßnahmen der beruflichen Eingliederung erforderlich, so sollen auch die für die Eingliederung zuständigen Stellen beteiligt werden.</del></p> <p><del>(3) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</del></p> <p><del>(4) Vor einer Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird, soll zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person eingeholt werden.</del></p>	<p>(2) Die <b>Leistungsplanung</b> umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Durchführung einer <b>Leistungsplankonferenz</b> (§ 36a Absatz 2 Satz 2),</li> <li>2. die Dokumentation des Verlaufs und der Ergebnisse der <b>Leistungsplanung</b> im <b>Leistungsplan</b> (§ 38) sowie</li> <li>3. die regelmäßige Überprüfung des <b>Leistungsplans</b> (§ 38 Absatz 3).</li> </ol> <p>(3) Der Leistungsberechtigte nach § 27 und <b>sein Personensorgeberechtigter sowie</b> der Leistungsberechtigte nach §§ <b>28 oder 29</b> werden nach § 36a Absatz 1 und 2 an der <b>Leistungsplanung</b> bei allen das Verfahren betreffenden Verfahrenshandlungen beteiligt.</p> <p>(4) Zur Qualifizierung der <b>Leistungsplanung</b> wirken mehrere Fachkräfte des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 36a Absatz 3 zusammen. Die Einbeziehung Dritter erfolgt nach Maßgabe von § 36a Absatz 4.</p> <p>(5) Die Prinzipien der</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Partizipation, Transparenz und Individualität,</li> <li>2. trägerübergreifenden Kooperation und Koordination,</li> <li>3. Fachlichkeit und Interdisziplinarität,</li> <li>4. Lebensweltbezogenheit und Sozialraumorientierung sowie</li> <li>5. Zielorientierung</li> </ol> <p>finden Beachtung.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 36a Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b></p> <p><del>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt die Kosten der Hilfe grundsätzlich nur dann, wenn sie auf der Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des Hilfeplans unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts erbracht wird; dies gilt auch in den Fällen, in denen Eltern durch das Familiengericht oder Jugendliche und junge Volljährige durch den Jugendrichter zur Inanspruchnahme von Hilfen verpflichtet werden. Die Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten der Hilfe bleiben unberührt.</del></p> <p><del>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrigschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten Hilfen, insbesondere der Erziehungsberatung, zulassen. Dazu soll er mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden.</del></p> <p><del>(3) Werden Hilfen abweichend von den Absätzen 1 und 2 vom Leistungsberechtigten selbst beschafft, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der erforderlichen Aufwendungen nur verpflichtet, wenn</del></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. der Leistungsberechtigte den Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor der Selbstbeschaffung über den Hilfebedarf in Kenntnis gesetzt hat,</del></li> <li><del>2. die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe vorlagen und</del></li> <li><del>3. die Deckung des Bedarfs               <ol style="list-style-type: none"> <li><del>a) bis zu einer Entscheidung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe über die Gewährung der Leistung oder</del></li> </ol> </del></li> </ol>	<p><b>§ 36a Beteiligung, Kooperation und Koordination</b></p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat den Leistungsberechtigten nach § 27 und seinen <b>Personensorgeberechtigten sowie</b> den Leistungsberechtigten nach §§ <b>28 oder 29</b> vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme von <b>Leistungen</b> nach diesem Abschnitt und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der gewährten <b>Leistung</b> zu beraten. Die Beratung betrifft insbesondere die Lebens-, Entwicklungs- und Erziehungssituation des Kindes, des Jugendlichen oder die Lebens- und Entwicklungssituation des jungen Volljährigen unter Einbeziehung seines sozialen Umfelds, Leistungen nach diesem Buch, Leistungen anderer Leistungsträger sowie Verwaltungsabläufe. Dabei ist auf die möglichen Folgen einer <b>Leistungsgewährung</b> für die Entwicklung des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen sowie für seine familiäre Lebenssituation hinzuweisen.</p> <p>(2) Hinsichtlich sämtlicher Gegenstände der <b>Leistungsplanung</b> nach § 36 Absatz 1 beteiligt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Leistungsberechtigten nach § 27 und seinen <b>Personensorgeberechtigten sowie</b> den Leistungsberechtigten nach §§ <b>28 oder 29</b>. Hierzu führt er insbesondere mit diesen eine Konferenz zur Aufstellung und Überprüfung des <b>Leistungsplans (Leistungsplankonferenz)</b> durch. Der Wahl und den Wünschen ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind.</p> <p>(3) Die Gegenstände der <b>Leistungsplanung</b> nach § 36 Absatz 1 werden im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe beraten.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><del>b) bis zu einer Entscheidung über ein Rechtsmittel nach einer zu Unrecht abgelehnten Leistung keinen zeitlichen Aufschub geduldet hat.</del></p> <p><del>War es dem Leistungsberechtigten unmöglich, den Träger der öffentlichen Jugendhilfe rechtzeitig über den Hilfebedarf in Kenntnis zu setzen, so hat er dies unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen.</del></p>	<p>(4) Soweit dies zur Feststellung des individuellen Bedarfs des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen oder zur Abstimmung der Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist, werden insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. andere Personen, Dienste oder Einrichtungen, die bei der Leistungserbringung tätig werden,</li> <li>2. <b>der nach § 37 Absatz 2 Satz 3 oder § 41 Absatz 2 beauftragte Sachverständige,</b></li> <li>3. andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger oder öffentliche Stellen,</li> <li>4. die Schule sowie</li> <li>5. das Familiengericht, Jugendgericht oder die Staatsanwaltschaft</li> </ol> <p>unter Berücksichtigung der Interessen des <b>Leistungsberechtigten</b> in einzelne oder alle Verfahrensschritte der <b>Leistungsplanung</b> einbezogen. Über Art und Umfang der Einbeziehung entscheidet der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte.</p>
<p style="text-align: center;">Neu: § 36b <b>Leistungsauswahl</b></p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe entscheidet über die Auswahl der im Einzelfall geeigneten und notwendigen <b>Leistungen</b> nach pflichtgemäßem Ermessen auf der Grundlage des <b>Leistungsplans</b> nach § 38 einschließlich Art, Dauer, Umfang, Beginn und Durchführung. Eignung und Notwendigkeit der <b>Leistung</b> bestimmen sich nach dem Bedarf des Kindes, des Jugendlichen oder jungen Volljährigen im Einzelfall unter Berücksichtigung seines engeren sozialen Umfelds.</p> <p>(2) Sofern infrastrukturelle Angebote oder Regelangebote insbesondere nach §§ 16 bis 18, §§ 22 bis 25 oder § 13 im Hinblick auf den Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen im Einzelfall geeigneter oder gleichermaßen geeignet sind, werden diese vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe als geeignete und notwendige <b>Leistung</b> gewährt. Dem Leistungsberechtigten nach § 28 werden vorrangig geeignete Angebote nach § 13 gewährt.</p> <p>(3) Insbesondere <b>Leistungen</b> nach §§ 27 Absatz 3 Nummer 2 und 30c sowie <b>Beförderungsleistungen</b> nach § 27 Absatz 3 Nummer 6 werden als Gruppenangebote mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam gewährt, sofern diese gleichermaßen geeignet sind.</p> <p>(4) Nach Maßgabe von Absatz 1 bis 3 kann der Träger der öffentlichen Jugendhilfe unterschiedliche <b>Leistungsarten, Leistungsbestandteile</b> und Erbringungsformen zu einer Gesamtleistung zusammenstellen.</p> <p>(5) § 5 bleibt unberührt.</p>	

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p style="text-align: center;"><b>§ 37 Bedarfsermittlung [2017 bis 2022: § 36c]</b></p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ermittelt den individuellen Bedarf des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen. Grundlage der Bedarfsermittlung ist eine umfassende Klärung der Lebens-, Entwicklungs- und Erziehungssituation des Kindes oder des Jugendlichen oder der Lebens- und Entwicklungssituation des jungen Volljährigen unter Einbeziehung seines sozialen Umfelds. Dabei kommen systematische Arbeitsprozesse und standardisierte Arbeitsmittel (Instrumente) zur Anwendung, die den Grundsätzen und Maßstäben nach § 79a Absatz 1 entsprechen.</p> <p>(2) <b>Im Hinblick auf junge Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohten jungen Menschen nach § 2 Absatz 1 des Neunten Buches erfolgt die Ermittlung des individuellen Bedarfs des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen durch ein Instrument, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) orientiert. Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den Lebensbereichen</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Lernen und Wissensanwendung,</li> <li>2. Allgemeine Aufgaben und Anforderungen,</li> <li>3. Kommunikation,</li> <li>4. Mobilität,</li> <li>5. Selbstversorgung,</li> <li>6. Häusliches Leben,</li> <li>7. Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,</li> <li>8. Bedeutende Lebensbereiche und</li> <li>9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben</li> </ol> <p>vorzusehen.</p> <p>Hält der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hierzu ein Gutachten für erforderlich, beauftragt er unverzüglich einen geeigneten Sachverständigen; die Begutachtung richtet sich nach § 17 des Neunten Buches.</p>	
<p><b>§ 38 <del>Vermittlung bei der Ausübung der Personensorge</del></b></p> <p>Sofern der Inhaber der Personensorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Vertretungsmacht der Pflegeperson soweit einschränkt, dass dies eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Erziehung nicht mehr ermöglicht, sowie bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten.</p>	<p><b>§ 38 Leistungsplan [2017 bis 2022: § 36d]</b></p> <p>(1) Unverzüglich nach Abschluss der <b>Leistungsplankonferenz</b> erstellt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine Dokumentation des Verlaufs und der Ergebnisse der <b>Leistungsplanung (Leistungsplan)</b>. Der <b>Leistungsplan</b> ist eine Nebenbestimmung zur Entscheidung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe über die <b>Leistungsgewährung</b> und bedarf der Schriftform. Er dient der Steuerung und Wirkungskontrolle des <b>Leitungsprozesses</b>.</p> <p>(2) Der <b>Leistungsplan</b> enthält mindestens</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beschreibung der Lebens-, Entwicklungs- und Erziehungssituation des Kindes oder des Jugendlichen oder die Beschreibung der Lebens- und Entwicklungssituation des jungen Volljährigen,</li> <li>2. die dadurch begründete Feststellung des individuellen Bedarfs des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Volljährigen,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
	<ol style="list-style-type: none"> <li>3. die daraus abgeleitete Auswahl der geeigneten und notwendigen <b>Leistungen</b> hinsichtlich Ziel, Art und Umfang,</li> <li>4. das Gesamtziel der <b>Leistung</b>,</li> <li>5. Beginn und voraussichtliche Dauer der <b>Leistung</b>,</li> <li>6. die zur Bedarfsermittlung nach § 37 eingesetzten Instrumente,</li> <li>7. die an der <b>Leistungsplanung</b> Beteiligten und die Form ihrer Einbeziehung,</li> <li>8. die Ergebnisse der <b>Leistungsplankonferenz</b>,</li> <li>9. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 5 und</li> <li>10. die Erkenntnisse <b>aus dem Gutachten nach § 37 Absatz 2 Satz 3</b>, aus der Stellungnahme nach § 41 Absatz 2 Nummer 1, aus dem Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte nach § 36a Absatz 3, aus der Einbeziehung Dritter nach § 36a Absatz 4.</li> </ol> <p>(3) Der <b>Leistungsplan</b> soll regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und fortgeschrieben werden.</p>
<p><b>§ 39 Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen</b></p> <p><del>(1) Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 bis 4 gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</del></p> <p><del>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. Sie umfassen außer im Fall des § 32 und des § 35a Absatz 2 Nummer 2 auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird in den Fällen der §§ 34, 35, 35a Absatz 2 Nummer 4 von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. Die laufenden Leistungen im Rahmen der Hilfe in Vollzeitpflege (§ 33) oder bei einer geeigneten Pflegeperson (§ 35a Absatz 2 Nummer 3) sind nach den Absätzen 4 bis 6 zu bemessen.</del></p>	<p><b>§ 39</b> Ergänzende Bestimmungen zur <b>Leistungsplanung</b> bei stationären Leistungen <b>[2017 bis 2022: § 36e]</b></p> <p>(1) Gegenstand der <b>Leistungsplanung</b> bei stationären Leistungen ist in Ergänzung der Planungsgegenstände nach § 36 Absatz 1 die Klärung, ob die Leistung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zeitlich befristet sein soll oder</li> <li>2. eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten soll.</li> </ol> <p>(2) Maßgeblich <b>hierbei</b> ist, ob durch Leistungen nach diesem Abschnitt die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen, betreuen und fördern kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><del>(3) Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse können insbesondere zur Erstausstattung einer Pflege- stelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden.</del></p> <p><del>(4) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Um- fang nicht übersteigen. Die laufenden Lei- stungen umfassen auch die Erstattung nach- gewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer son- stigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt ge- währen, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</del></p> <p><del>(5) Die Pauschalbeträge für laufende Lei- stungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festge- setzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von Kin- dern und Jugendlichen durch eine Staffelung</del></p>	<p>erarbeitet werden. In diesem Fall ist vor und während der Gewährung einer stationären <b>Leistung</b> insbesondere zu prüfen, ob die Anru- fung des Familiengerichts notwendig ist oder die Annahme als Kind in Betracht kommt.</p> <p>(3) Der Leistungsberechtigte nach § 27 und sein <b>Personensorgeberechtigter</b> oder der <b>Leistungsberechtigte</b> nach § 28 sind bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen der Leistungsberechtigten ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinba- rungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbrin- gung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des <b>Leistungsplans</b> geboten ist.</p> <p>(4) Im <b>Leistungsplan</b> sind neben den Inhalten nach § 38 Absatz 2</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Perspektivklärung nach Absatz 1,</li> <li>2. die Feststellung einer auf Dauer angeleg- ten Lebensform im Falle des Absatzes 2 Satz 2,</li> <li>3. das Ergebnis der Prüfung nach Absatz 2 Satz 3,</li> <li>4. die Art und Weise der Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrich- tung für die Förderung des Kindes oder Jugendlichen verantwortlichen Personen und der Eltern sowie die damit im Einzel- fall verbundenen Ziele <b>und</b></li> <li>5. bei Vollzeitpflege nach § 32 der verein- barte Umfang der Beratung der Pflege- person nach § 35a sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen nach § 34</li> </ol> <p>zu dokumentieren.</p> <p>(5) Die Pflegeperson oder die [der] in der Einrichtung für die Förderung des Kindes oder Jugendlichen verantwortlichen Personen sollen an der Hilfeplankonferenz [<b>Leistungs- plankonferenz</b>] beteiligt werden.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><del>der Beträge nach Altersgruppen Rechnung zu tragen. Das Nähere regelt Landesrecht.</del></p> <p><del>(6) Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.</del></p> <p><del>(7) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so ist auch der notwendige Unterhalt dieses Kindes sicherzustellen.</del></p>	<p>(6) Die regelmäßige Überprüfung des <b>Leistungsplans</b> nach § 38 Absatz 3 ist an einem im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraum auszurichten. Eine Abweichung von den im <b>Leistungsplan</b> getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des individuellen Bedarfs des Kindes oder Jugendlichen und entsprechender Änderung des <b>Leistungsplans</b> auch bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit zulässig.</p>
<p><b>§ 40 Übergangsmanagement [2017 bis 2022: § 36f]</b></p> <p>(1) Spätestens ab Vollendung des 17. Lebensjahres ist Gegenstand der <b>Leistungsplanung</b> die Klärung, ob <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> nach diesem Abschnitt geeignet und notwendig sind, um das Ziel der Verselbständigung nach Vollendung des 18. Lebensjahres zu erreichen.</p> <p>(2) Sind <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe nach diesem Abschnitt</b> nicht geeignet und notwendig, um das Ziel der Verselbständigung nach Vollendung des 18. Lebensjahres zu erreichen, sind andere Sozialleistungs- oder Rehabilitationsträger in die <b>Leistungsplanung</b> insbesondere durch Beteiligung an der <b>Leistungsplankonferenz</b> einzubeziehen, die nach fachlicher Einschätzung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe ab diesem Zeitpunkt für die <b>Leistung</b> zuständig werden.</p> <p>(3) Im Rahmen des <b>Leistungsplans</b> sind Regelungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs zu treffen. Eine Abweichung von den dort getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Bedarfs des jungen Volljährigen zulässig.</p> <p>(4) Absatz 1 bis 3 gilt entsprechend, wenn <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> nach diesem Abschnitt auf der Grundlage des <b>Leistungsplans</b> nach § 38 beendet werden sollen und nach fachlicher Einschätzung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe andere Sozialleistungs- oder Rehabilitationsträger ab dem Zeitpunkt der Beendigung zuständig werden.</p>	
<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige, Nachbetreuung [ab 2023: § 28]</b></p> <p>(1) Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen</p>	<p><b>§ 41 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen [2017 bis 2022: § 38]</b></p> <p>(1) <b>Leistungen</b> nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen; sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dem Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen im Einzelfall nur dadurch entsprochen werden kann. Dies ist im <b>Leistungsplan</b> darzulegen.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Der junge Volljährige soll auch nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang beraten und unterstützt werden.</p>	<p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer <b>Leistung</b>, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) einer <b>Ärztin oder eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie</b>,</li> <li>b) einer <b>Kinder- und Jugendpsychotherapeutin oder -therapeuten</b> oder</li> <li>c) einer <b>Ärztin oder eines Arztes oder einer psychologischen Psychotherapeutin oder -therapeuten, die oder der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt</b>, einholen,</li> </ol> </li> <li>2. sicherstellen, dass             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) der Leistungserbringer über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> erbracht werden und die Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhält und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet,</li> <li>b) mit der <b>Leistungserbringung</b> nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut werden,</li> <li>c) die Überprüfung und Fortschreibung des <b>Leistungsplans</b> unter Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen in der Regel am Ort der Leistungserbringung erfolgt,</li> <li>d) mit dem Leistungserbringer über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abgeschlossen wird, <b>wobei</b> die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden <b>sind</b>,</li> </ol> </li> <li>3. die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen und</li> <li>4. der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich Angaben zum Leistungserbringer, zu Beginn und Ende der Leistungserbringung im Ausland sowie zum Aufenthaltsort des Kindes oder Jugendlichen melden.</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der <del>Hilfe und</del> Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Das Jugendamt hat im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Widersprechen die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten der Inobhutnahme, so hat das Jugendamt unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Kind oder den Jugendlichen den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten zu übergeben, sofern nach der Einschätzung des Jugendamts eine Gefährdung des Kindeswohls nicht besteht oder die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bereit und in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder</li> <li>2. eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen.</li> </ol> <p>Sind die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar, so gilt Satz 2 Nummer 2 entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 ist unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Widersprechen die Personensorgeberechtigten der Inobhutnahme nicht, so ist unverzüglich <del>ein Hilfeplanverfahren</del> zur Gewährung einer <del>Hilfe</del> einzuleiten.</p>	<p><b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Das Jugendamt hat im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Widersprechen die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten der Inobhutnahme, so hat das Jugendamt unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Kind oder den Jugendlichen den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten zu übergeben, sofern nach der Einschätzung des Jugendamts eine Gefährdung des Kindeswohls nicht besteht oder die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bereit und in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder</li> <li>2. eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen.</li> </ol> <p>Sind die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar, so gilt Satz 2 Nummer 2 entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 ist unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Widersprechen die Personensorgeberechtigten der Inobhutnahme nicht, so ist unverzüglich <del>eine Leistungsplanung</del> zur Gewährung einer <del>Leistung</del> einzuleiten.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>(4) Die Inobhutnahme endet mit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Übergabe des Kindes oder Jugendlichen an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten,</li> <li>2. der Entscheidung über die Gewährung von <b>Hilfen</b> nach dem Sozialgesetzbuch.</li> </ol> <p>(5) [...] [...]</p>	<p>(4) Die Inobhutnahme endet mit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Übergabe des Kindes oder Jugendlichen an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten,</li> <li>2. der Entscheidung über die Gewährung von <b>Leistungen</b> nach dem Sozialgesetzbuch.</li> </ol> <p>(5) [...] [...]</p>
<p><b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b></p> <p>(1) Wer ein Kind oder einen Jugendlichen über Tag und Nacht in seinem Haushalt aufnehmen will (Pflegeperson), bedarf der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer ein Kind oder einen Jugendlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. im Rahmen von <b>Hilfe zur Erziehung oder von Eingliederungshilfe</b> für <b>seelisch behinderte</b> Kinder und Jugendliche auf Grund einer Vermittlung durch das Jugendamt,</li> <li>2. als Vormund oder Pfleger im Rahmen seines Wirkungskreises,</li> <li>3. als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad,</li> <li>4. bis zur Dauer von acht Wochen,</li> <li>5. im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches,</li> <li>6. in Adoptionspflege (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs)</li> </ol> <p>über Tag und Nacht aufnimmt.</p> <p>(2) ... [...]</p>	<p><b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b></p> <p>(1) Wer ein Kind oder einen Jugendlichen über Tag und Nacht in seinem Haushalt aufnehmen will (Pflegeperson), bedarf der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer ein Kind oder einen Jugendlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. im Rahmen von <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> für Kinder und Jugendliche auf Grund einer Vermittlung durch das Jugendamt,</li> <li>2. als Vormund oder Pfleger im Rahmen seines Wirkungskreises,</li> <li>3. als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad,</li> <li>4. bis zur Dauer von acht Wochen,</li> <li>5. im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches,</li> <li>6. in Adoptionspflege (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs)</li> </ol> <p>über Tag und Nacht aufnimmt.</p> <p>(2) ... [...]</p>
<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere <b>Möglichkeiten der Hilfe</b> hin. In Kindschaftssachen informiert das Jugendamt das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses.</p> <p>(3) [...]</p>	<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, <b>legt den Leistungsplan nach § 38 vor</b>, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere <b>Leistungsmöglichkeiten</b> hin. In Kindschaftssachen informiert das Jugendamt das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses.</p> <p>(3) [...]</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 51 Beratung und Belehrung in Verfahren zur Annahme als Kind</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt soll den Elternteil mit der Belehrung nach Absatz 1 über <b>Hilfen</b> beraten, die die Erziehung des Kindes in der eigenen Familie ermöglichen könnten. Einer Beratung bedarf es insbesondere nicht, wenn das Kind seit längerer Zeit bei den Annehmenden in Familienpflege lebt und bei seiner Herausgabe an den Elternteil eine schwere und nachhaltige Schädigung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens des Kindes zu erwarten ist. Das Jugendamt hat dem Familiengericht im Verfahren mitzuteilen, welche Leistungen erbracht oder angeboten worden sind oder aus welchem Grund davon abgesehen wurde.</p> <p>(3) [...]</p>	<p><b>§ 51 Beratung und Belehrung in Verfahren zur Annahme als Kind</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt soll den Elternteil mit der Belehrung nach Absatz 1 über <b>Leistungen</b> beraten, die die Erziehung des Kindes in der eigenen Familie ermöglichen könnten. Einer Beratung bedarf es insbesondere nicht, wenn das Kind seit längerer Zeit bei den Annehmenden in Familienpflege lebt und bei seiner Herausgabe an den Elternteil eine schwere und nachhaltige Schädigung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens des Kindes zu erwarten ist. Das Jugendamt hat dem Familiengericht im Verfahren mitzuteilen, welche Leistungen erbracht oder angeboten worden sind oder aus welchem Grund davon abgesehen wurde.</p> <p>(3) [...]</p>
<p><b>§ 62 Datenerhebung</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Ohne Mitwirkung des Betroffenen dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine gesetzliche Bestimmung dies vorschreibt oder erlaubt oder</li> <li>2. ihre Erhebung beim Betroffenen nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für <ol style="list-style-type: none"> <li>a) die Feststellung der Voraussetzungen oder für die Erfüllung einer Leistung nach diesem Buch oder</li> <li>b) die Feststellung der Voraussetzungen für die Erstattung einer Leistung nach § 50 des Zehnten Buches oder</li> <li>c) die Wahrnehmung einer Aufgabe nach den §§ 42 bis 48a und nach § 52 oder</li> <li>d) die Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder</li> </ol> </li> <li>3. die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden oder</li> <li>4. die Erhebung bei dem Betroffenen den Zugang zur <b>Hilfe</b> ernsthaft gefährden würde.</li> </ol> <p>(4) [...]</p>	<p><b>§ 62 Datenerhebung</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Ohne Mitwirkung des Betroffenen dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine gesetzliche Bestimmung dies vorschreibt oder erlaubt oder</li> <li>2. ihre Erhebung beim Betroffenen nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für <ol style="list-style-type: none"> <li>a) die Feststellung der Voraussetzungen oder für die Erfüllung einer Leistung nach diesem Buch oder</li> <li>b) die Feststellung der Voraussetzungen für die Erstattung einer Leistung nach § 50 des Zehnten Buches oder</li> <li>c) die Wahrnehmung einer Aufgabe nach den §§ 42 bis 48a und nach § 52 oder</li> <li>d) die Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder</li> </ol> </li> <li>3. die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden oder</li> <li>4. die Erhebung bei dem Betroffenen den Zugang zur <b>Leistung</b> ernsthaft gefährden würde.</li> </ol> <p>(4) [...]</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p style="text-align: center;">Neu: § 76a Voraussetzungen für die Übernahme von Kosten</p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt die Kosten einer Leistung nur dann, wenn sie auf der Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des <b>Leistungsplans</b> und der Orientierung an seinen sozialräumlichen Gestaltungsvorgaben (§ 79) unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts und der Partizipation erbracht wird; dies gilt auch in den Fällen, in denen Eltern durch das Familiengericht zur Geltendmachung eines Leistungsanspruchs ihres Kindes oder junge Volljährige durch den Jugendrichter zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Gesetz verpflichtet werden. Die Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten der Leistung bleiben unberührt.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 trägt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe auch die Kosten einer Leistung in Fällen unmittelbarer Inanspruchnahme von niedrigschwelligen ambulanten Leistungen, insbesondere nach §§ <b>27 Absatz 3 Nr. 2, 28 und 30a und Beförderungsleistungen nach § 27 Absatz 3 Nr. 6</b>, sowie von infrastrukturellen Angeboten oder Regelangeboten nach § 36b Absatz 2. Dazu soll er mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden.</p>	
<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) <del>Die Vereinbarungen sind mit den Trägern abzuschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung geeignet sind.</del></p> <p>Vereinbarungen über die Erbringung von <del>Hilfe zur Erziehung im Ausland</del> dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li><del>1. anerkannte Träger der Jugendhilfe oder Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung im Inland sind, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird,</del></li> <li><del>2. mit der Erbringung solcher Hilfen nur Fachkräfte im Sinne des § 72 Absatz 1 betrauen und</del></li> <li><del>3. die Gewähr dafür bieten, dass sie die Rechtsvorschriften des Aufenthaltslandes einhalten und mit den Behörden des Aufenthaltslandes sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeiten.</del></li> </ol>	<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe kann mit denjenigen Trägern Vereinbarungen abschließen, die unter Berücksichtigung der Grundsätze der <b>Qualität, Kontinuität, Orientierung an sozialräumlichen Gestaltungsvorgaben, Zugänglichkeit, Zusammenarbeit</b>, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erbringung der Leistung geeignet sind. Über die Vereinbarung entscheidet der Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter Beachtung vorgenannter Grundsätze im Rahmen seiner in § 79 geregelten Verantwortung nach Maßgabe insoweit zu entwickelnder Gestaltungskriterien; eine Differenzierung zwischen Typen von Einrichtungen ist möglich. Vereinbarungen über die Erbringung von <b>Auslandsmaßnahmen</b> dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die <b>die Maßgaben nach § 41 Absatz 2 Buchstabe a bis c</b> erfüllen.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe der <b>Hilfeplanung</b> (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</p>	<p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe der <b>Leistungsplanung</b> (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</p> <p>(4) Der Träger <del>[der Träger]</del> der öffentlichen Jugendhilfe und die Leistungserbringer wirken zur Sicherstellung der stationären Versorgung zusammen. Welche Leistungserbringer hierbei einzubeziehen sind, entscheidet sich nach dem erforderlichen stationären Versorgungsangebot. Verträge sind so abzuschließen, dass eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung mit stationären Einrichtungen auch langfristig gesichert ist. Einzubeziehen sind auch überörtlich tätige Leistungserbringer, deren besonderen Bedürfnissen auch Rechnung zu tragen ist.</p>
<p><b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der überörtliche Träger ist sachlich zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beratung der örtlichen Träger und die Entwicklung von Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch,</li> <li>2. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an <b>Hilfen</b> zur <b>Erziehung, Eingliederungshilfen</b> für <b>seelisch-behinderte</b> Kinder und Jugendliche <b>und Hilfen</b> für junge Volljährige,</li> <li>3. die Anregung und Förderung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen sowie deren Schaffung und Betrieb, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen; dazu gehören insbesondere Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, sowie Jugendbildungsstätten,</li> <li>4. die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe,</li> <li>5. die Beratung der örtlichen Träger bei der Gewährung von <b>Hilfe</b> nach <del>den</del> §§ <b>32</b> bis <b>35a</b>, insbesondere bei der Auswahl einer Einrichtung oder der Vermittlung einer Pflegeperson in schwierigen Einzelfällen,</li> </ol>	<p><b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der überörtliche Träger ist sachlich zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beratung der örtlichen Träger und die Entwicklung von Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch,</li> <li>2. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an <b>Leistungen</b> zur <b>Entwicklung und Teilhabe</b> für Kinder und Jugendliche, <b>Leistungen zur Selbstständigkeit</b> für junge Volljährige <b>und Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern</b>,</li> <li>3. die Anregung und Förderung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen sowie deren Schaffung und Betrieb, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen; dazu gehören insbesondere Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, sowie Jugendbildungsstätten,</li> <li>4. die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe,</li> <li>5. die Beratung der örtlichen Träger bei der Gewährung von <b>Leistungen</b> nach §§ <b>31</b> bis <b>33</b>, insbesondere bei der Auswahl einer Einrichtung oder der Vermittlung einer Pflegeperson in schwierigen Einzelfällen,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>6. die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§§ 45 bis 48a),</p> <p>7. die Beratung der Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung,</p> <p>8. die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe,</p> <p>9. die Gewährung von Leistungen an Deutsche im Ausland (§ 6 Absatz 3), soweit es sich nicht um die Fortsetzung einer bereits im Inland gewährten Leistung handelt,</p> <p>10. die Erteilung der Erlaubnis zur Übernahme von Pflegschaften oder Vormundschaften durch einen rechtsfähigen Verein (§ 54).</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>6. die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§§ 45 bis 48a),</p> <p>7. die Beratung der Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung,</p> <p>8. die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe,</p> <p>9. die Gewährung von Leistungen an Deutsche im Ausland (§ 6 Absatz 3), soweit es sich nicht um die Fortsetzung einer bereits im Inland gewährten Leistung handelt,</p> <p>10. die Erteilung der Erlaubnis zur Übernahme von Pflegschaften oder Vormundschaften durch einen rechtsfähigen Verein (§ 54).</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p><b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Wird eine Leistung nach <del>§ 13 Absatz 3</del> oder nach § 21 über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus weitergeführt oder geht der Hilfe für junge Volljährige nach § 44 eine dieser Leistungen, eine Leistung nach § 19 oder eine Hilfe nach den §§ 27 bis 35a voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bis zu diesem Zeitpunkt zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Hilfe für junge Volljährige nach § 44 beendet war und innerhalb von drei Monaten erneut Hilfe für junge Volljährige nach § 44 erforderlich wird.</p>	<p><b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Wird eine Leistung nach § 21 über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus weitergeführt oder geht den Leistungen für junge Volljährige nach § 28 eine dieser Leistungen, eine Leistung nach § 19 oder Leistungen nach den §§ 27 bis 35a voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bis zu diesem Zeitpunkt zuständig war. Eine Unterbrechung der Leistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Leistungen zur Selbstständigkeit für junge Volljährige nach § 28 beendet waren und innerhalb von drei Monaten erneut Leistungen für junge Volljährige nach § 28 erforderlich werden.</p>
<p><b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) <del>Geht</del> der Leistung Hilfe nach den §§ 27 bis 35a oder eine Leistung nach <del>§ 13 Absatz 3</del>, § 21 oder § 44 voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>	<p><b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) <del>Gehen</del> der Leistung nach § 19 Leistungen nach den §§ 27 bis 35a oder eine Leistung nach § 21 oder § 28 voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher zuständig war. Eine Unterbrechung der Leistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel</b></p> <p>(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der <b>Hilfeprozess</b> und die im Rahmen der <b>Hilfeplanung</b> vereinbarten <b>Hilfeziele</b> durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.</p> <p>(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die <b>Hilfegewährung</b> sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der <b>Hilfeplanung</b> nach § 36 <b>Absatz 2</b> unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gespräches zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.</p>	<p><b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel</b></p> <p>(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der <b>Leistungsprozess</b> und die im Rahmen der <b>Leistungsplanung</b> vereinbarten <b>Leistungsziele</b> durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.</p> <p>(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die <b>Leistungsgewährung</b> sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der <b>Leistungsplanung</b> nach § 36 unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gespräches zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.</p>
<p><b>§ 88 Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Wurden bereits vor der Ausreise Leistungen der Jugendhilfe gewährt, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher tätig geworden ist; eine Unterbrechung der <b>Hilfeleistung</b> von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>	<p><b>§ 88 Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Wurden bereits vor der Ausreise Leistungen der Jugendhilfe gewährt, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher tätig geworden ist; eine Unterbrechung der <b>Leistung</b> von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>
<p><b>§ 90 Pauschalierte Kostenbeteiligung</b></p> <p>(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Jugendarbeit nach § 11,</li> <li>2. der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 und 3 und</li> <li>3. der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24</li> </ol>	<p><b>§ 90 Pauschalierte Kostenbeteiligung</b></p> <p>(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Jugendarbeit nach § 11,</li> <li>2. der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 und 3 und</li> <li>3. der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>können Kostenbeiträge festgesetzt werden. Soweit Landesrecht nichts anderes bestimmt, sind Kostenbeiträge, die für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen <del>und</del> von Kindertagespflege zu entrichten sind, zu staffeln. Als Kriterien können insbesondere das Einkommen, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit berücksichtigt werden. Werden die Kostenbeiträge nach dem Einkommen berechnet, bleibt die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.</p> <p>(2) [...] [...]</p>	<p><b>4. der Betreuung von Jugendlichen in der ergänzenden Nachmittagsbetreuung für Jugendliche mit Behinderungen nach § 21a,</b> <b>5. der Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe in einer Tagesgruppe nach § 31 Nummer 2</b></p> <p>können Kostenbeiträge festgesetzt werden. Soweit Landesrecht nichts anderes bestimmt, sind Kostenbeiträge, die für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen, von Kindertagespflege, <b>von der ergänzenden Nachmittagsbetreuung und von Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe nach § 31 Nummer 2</b> zu entrichten sind, zu staffeln. Als Kriterien können insbesondere das Einkommen, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit berücksichtigt werden. Werden die Kostenbeiträge nach dem Einkommen berechnet, bleibt die Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz außer Betracht.</p> <p>(2) [...] [...]</p>
<p><b>§ 91 Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Zu folgenden vollstationären Leistungen und vorläufigen Maßnahmen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><del>1.</del> <b>der Unterkunft junger Menschen in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</b></li> <li><del>2.</del> der Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen (§ 19),</li> <li><del>3.</del> der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (§ 20),</li> <li><del>4.</del> der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung junger Menschen zur Erfüllung der Schulpflicht und zum Abschluss der Schulausbildung (§ 21),</li> <li><del>5.</del> der <b>Hilfe zur Erziehung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) in Vollzeitpflege (§ 33),</li> <li>b) <del>in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform (§ 34),</del></li> </ul> </li> <li><del>e)</del> in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb des Elternhauses erfolgt,</li> </ul>	<p><b>§ 91 Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Zu folgenden vollstationären Leistungen und vorläufigen Maßnahmen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>1.</b> der Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen (§ 19),</li> <li><b>2.</b> der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (§ 20),</li> <li><b>3.</b> der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung junger Menschen zur Erfüllung der Schulpflicht und zum Abschluss der Schulausbildung (§ 21),</li> <li><b>4.</b> der <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) in Vollzeitpflege (§ 32),</li> <li>b) <b>zur stationären Förderung in Einrichtungen oder in sonstigen betreuten Wohnformen (§ 32a),</b></li> <li>c) <b>in einer betreuten Wohngruppe oder Jugendwohnen (§ 32b),</b></li> <li>d) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 33), sofern sie außerhalb des Elternhauses erfolgt,</li> </ul> </li> </ul>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><del>d) auf der Grundlage von § 27 in stationärer Form,</del></p> <p><del>6. der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche durch geeignete Pflegepersonen sowie in Einrichtungen über Tag und Nacht und in sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 2 Nummer 3 und 4),</del></p> <p><del>7. der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),</del></p> <p><del>8. der Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 5 und 6 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</del></p> <p>(2) Zu folgenden teilstationären Leistungen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen nach § 20,</li> <li>2. <del>Hilfe zur Erziehung</del> in einer Tagesgruppe nach § <del>32</del> und anderen teilstationären Leistungen nach § 27,</li> <li>3. <del>Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in Tageseinrichtungen und anderen teilstationären Einrichtungen nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 und</del></li> <li>4. <del>Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 2 und 3 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</del></li> </ol> <p>(3) Die Kosten umfassen auch die Aufwendungen für den notwendigen Unterhalt und die <del>Krankenhilfe</del>.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>e) stationäre Leistungen auf der Grundlage von § 27, die nicht den §§ 32a und 32b zugeordnet werden können,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>5. der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),</li> <li>6. <b>der Leistungen zur Verselbständigung für junge Volljährige, soweit sie den in der Nummer 4 genannten Leistungen entspricht (§ 28).</b></li> </ol> <p>(2) Zu folgenden teilstationären Leistungen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen nach § 20,</li> <li>2. <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe</b> in einer Tagesgruppe nach § <b>31 Nr. 1 und 3</b> und anderen teilstationären Leistungen nach § 27,</li> <li>3. <b>Leistungen zur Verselbständigung für junge Volljährige, soweit sie den in der Nummer 2 genannten Leistungen entspricht (§ 28).</b></li> </ol> <p>(3) Die Kosten umfassen auch die Aufwendungen für den notwendigen Unterhalt und die <b>Leistungen zur Gesundheit</b>.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p> <p><b>(6) Maßgeblich für die Zuordnung einer Leistung nach § 31 zu den Nummern 1 bis 3 und einer Leistung nach § 32a zu den Nummern 1 bis 3 ist der Schwerpunkt des Leistungsinhalts. Stehen mehrere Leistungsinhalte gleichwertig nebeneinander, ist für die Zuordnung der Leistung jeweils der Inhalt nach § 31 Nummer 2 oder 3 oder nach § 32a Nummer 2 oder 3 vorrangig maßgeblich.</b></p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p><b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung</b></p> <p>(1) Aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 heranzuziehen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und Jugendliche zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1 bis <b>7</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>2. junge Volljährige zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer <b>1, 4</b> und <b>8</b> genannten Leistungen,</li> <li>3. Leistungsberechtigte nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer <b>2</b> genannten Leistungen,</li> <li>4. Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 und 2 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>5. Elternteile zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</li> </ol> <p>(1a) [...] [...]</p>	<p><b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung</b></p> <p>(1) Aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 heranzuziehen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und Jugendliche zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1 bis <b>5</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>2. junge Volljährige zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer <b>3</b> und <b>6</b> genannten Leistungen,</li> <li>3. Leistungsberechtigte nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer <b>1</b> genannten Leistungen,</li> <li>4. Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 und 2 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>5. Elternteile zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</li> </ol> <p>(1a) [...] [...]</p>
<p><b>§ 95 Überleitung von Ansprüchen</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Die schriftliche Anzeige bewirkt den Übergang des Anspruchs für die Zeit, für die die <b>Hilfe</b> ohne Unterbrechung gewährt wird; als Unterbrechung gilt ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten.</p> <p>(4) [...]</p>	<p><b>§ 95 Überleitung von Ansprüchen</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Die schriftliche Anzeige bewirkt den Übergang des Anspruchs für die Zeit, für die die <b>Leistung</b> ohne Unterbrechung gewährt wird; als Unterbrechung gilt ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten.</p> <p>(4) [...]</p>
<p><b>§ 98 Zweck und Umfang der Erhebung</b></p> <p>(1) Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen,</li> <li>2. Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege,</li> <li>3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,</li> </ol>	<p><b>§ 98 Zweck und Umfang der Erhebung</b></p> <p>(1) Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen,</li> <li>2. Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege,</li> <li>3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>4. die Empfänger</p> <p>a) <del>der Hilfe zur Erziehung,</del></p> <p>b) der <del>Hilfe</del> für junge Volljährige und</p> <p>c) <del>der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,</del></p> <p>5. Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz vorläufige Maßnahmen getroffen worden sind,</p> <p>6. Kinder und Jugendliche, die als Kind angenommen worden sind,</p> <p>7. Kinder und Jugendliche, die unter Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft oder Beistandschaft des Jugendamts stehen,</p> <p>8. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt worden ist,</p> <p>9. Maßnahmen des Familiengerichts,</p> <p>10. Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6,</p> <p>11. die Einrichtungen mit Ausnahme der Tageseinrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sowie</p> <p>12. die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a als Bundesstatistik durchzuführen.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>4. die Empfänger</p> <p>a) <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche,</b></p> <p>b) der <b>Leistungen zur Verselbständigung</b> für junge Volljährige und</p> <p>c) <b>Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern,</b></p> <p>5. Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz vorläufige Maßnahmen getroffen worden sind,</p> <p>6. Kinder und Jugendliche, die als Kind angenommen worden sind,</p> <p>7. Kinder und Jugendliche, die unter Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft oder Beistandschaft des Jugendamts stehen,</p> <p>8. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt worden ist,</p> <p>9. Maßnahmen des Familiengerichts,</p> <p>10. Angebote der Jugendarbeit nach § 11 sowie Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter anerkannter Träger der Jugendhilfe nach § 74 Absatz 6,</p> <p>11. die Einrichtungen mit Ausnahme der Tageseinrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sowie</p> <p>12. die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a als Bundesstatistik durchzuführen.</p> <p>(2) [...]</p>
<p><b>§ 99 Erhebungsmerkmale</b></p> <p>(1) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über <del>Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27 bis 35, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a und Hilfe für junge Volljährige nach § 41 sind</del></p> <p>1. im Hinblick auf die <del>Hilfe</del></p> <p>a) Art und Name des Trägers des <del>Hilfe</del> durchführenden Dienstes oder der <del>Hilfe</del> durchführenden Einrichtung,</p> <p>b) Art der <del>Hilfe</del>,</p> <p>c) Ort der Durchführung der <del>Hilfe</del>,</p> <p>d) Monat und Jahr des Beginns und Endes sowie Fortdauer der <del>Hilfe</del>,</p> <p>e) familienrichterliche Entscheidungen zu Beginn der <del>Hilfe</del>,</p> <p>f) Intensität der <del>Hilfe</del>,</p>	<p><b>§ 99 Erhebungsmerkmale</b></p> <p>(1) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über <b>Leistungen zur Entwicklung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche, Leistungen zur Verselbständigung</b> für junge Volljährige <b>und Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern nach §§ 27 bis 35a sind</b></p> <p>1. im Hinblick auf die <b>Leistung</b></p> <p>a) Art und Name des Trägers des <b>die Leistung</b> durchführenden Dienstes oder der <b>die Leistung</b> durchführenden Einrichtung,</p> <p>b) Art der <b>Leistung</b>,</p> <p>c) Ort der Durchführung der <b>Leistung</b>,</p> <p>d) Monat und Jahr des Beginns und Endes sowie Fortdauer der <b>Leistung</b>,</p> <p>e) familienrichterliche Entscheidungen zu Beginn der <b>Leistung</b>,</p> <p>f) Intensität der <b>Leistung</b>,</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>g) <b>Hilfe</b> anregende Institutionen oder Personen,</p> <p>h) Gründe für die <b>Hilfegewährung</b>,</p> <p>i) Grund für die Beendigung der <b>Hilfe</b>,</p> <p>j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1,</p> <p>k) Einleitung der <b>Hilfe</b> im Anschluss an eine vorläufige Maßnahme zum Schutz <del>von Kindern und</del> Jugendlichen im Fall des § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sowie</p> <p>2. im Hinblick auf <b>junge</b> Menschen</p> <p>a) Geschlecht,</p> <p>b) Geburtsmonat und Geburtsjahr,</p> <p>c) Lebenssituation bei Beginn der <b>Hilfe</b>,</p> <p>d) anschließender Aufenthalt,</p> <p>e) nachfolgende <b>Hilfe</b>;</p> <p>3. bei <del>sozialpädagogischer Familienhilfe nach § 31 und anderen</del> familienorientierten <del>Hilfen nach § 27</del> zusätzlich zu den unter den Nummern 1 und 2 genannten Merkmalen</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr der in der Familie lebenden jungen Menschen sowie</p> <p>b) Zahl der außerhalb der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen.</p> <p>(2) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sind Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz Maßnahmen nach § 42 oder § 42a getroffen worden sind, gegliedert nach</p> <p>1. Art der Maßnahme, Art des Trägers der Maßnahme, Form der Unterbringung während der Maßnahme, Institution oder Personenkreis, die oder der die Maßnahme angeregt hat, Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme, Durchführung auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, Maßnahmeanlass, Art der anschließenden <b>Hilfe</b>,</p> <p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den unter Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Altersgruppe zu Beginn der Maßnahme, Migrationshintergrund, Art des Aufenthalts vor Beginn der Maßnahme.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>g) <b>die Leistung</b> anregende Institutionen oder Personen,</p> <p>h) Gründe für die <b>Leistungsgewährung</b>,</p> <p>i) Grund für die Beendigung der <b>Leistung</b>,</p> <p>j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1,</p> <p>k) Einleitung der <b>Leistung</b> im Anschluss an eine vorläufige Maßnahme zum Schutz <b>des Kindes oder</b> Jugendlichen im Fall des § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 sowie</p> <p>2. im Hinblick auf <b>den jungen</b> Menschen</p> <p>a) Geschlecht,</p> <p>b) Geburtsmonat und Geburtsjahr,</p> <p>c) Lebenssituation bei Beginn der <b>Leistung</b>,</p> <p>d) anschließender Aufenthalt,</p> <p>e) nachfolgende <b>Leistung</b>;</p> <p>3. bei familienorientierten <b>Leistungen</b> zusätzlich zu den unter den Nummern 1 und 2 genannten Merkmalen</p> <p>a) Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr der in der Familie lebenden jungen Menschen sowie</p> <p>b) Zahl der außerhalb der Familie lebenden Kinder und Jugendlichen.</p> <p>(2) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sind Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz Maßnahmen nach § 42 oder § 42a getroffen worden sind, gegliedert nach</p> <p>1. Art der Maßnahme, Art des Trägers der Maßnahme, Form der Unterbringung während der Maßnahme, Institution oder Personenkreis, die oder der die Maßnahme angeregt hat, Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme, Durchführung auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1, Maßnahmeanlass, Art der anschließenden <b>Leistung</b>,</p> <p>2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den unter Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Altersgruppe zu Beginn der Maßnahme, Migrationshintergrund, Art des Aufenthalts vor Beginn der Maßnahme.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>(9) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Einrichtungen, soweit sie nicht in Absatz 7 erfasst werden, sowie die Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Einrichtungen, gegliedert nach der Art der Einrichtung, der Art und Name des Trägers, der Rechtsform sowie der Art und Zahl der verfügbaren Plätze,</li> <li>2. die Behörden der öffentlichen Jugendhilfe sowie die Geschäftsstellen der Träger der freien Jugendhilfe, gegliedert nach der Art des Trägers und der Rechtsform,</li> <li>3. für jede haupt- und nebenberuflich tätige Person             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) (weggefallen)</li> <li>b) (weggefallen)</li> <li>c) Geschlecht und Beschäftigungsumfang,</li> <li>d) für das pädagogische und in der Verwaltung tätige Personal zusätzlich Geburtsmonat und Geburtsjahr, Art des Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich.</li> </ol> </li> </ol> <p>(10) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Art des Trägers,</li> <li>2. die Ausgaben für <del>Einzel- und Gruppenhilfen</del>, gegliedert nach Ausgabe- und <del>Hilfear</del> sowie die Einnahmen nach Einnahmear</li> <li>3. die Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen nach Arten gegliedert nach der Einrichtungsart,</li> <li>4. die Ausgaben für das Personal, das bei den örtlichen und den überörtlichen Trägern sowie den kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbänden, die nicht örtliche Träger sind, Aufgaben der Jugendhilfe wahrnimmt.</li> </ol>	<p>(9) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über die Einrichtungen, soweit sie nicht in Absatz 7 erfasst werden, sowie die Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe und die dort tätigen Personen sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Einrichtungen, gegliedert nach der Art der Einrichtung, der Art und Name des Trägers, der Rechtsform sowie der Art und Zahl der verfügbaren Plätze,</li> <li>2. die Behörden der öffentlichen Jugendhilfe sowie die Geschäftsstellen der Träger der freien Jugendhilfe, gegliedert nach der Art des Trägers und der Rechtsform,</li> <li>3. für jede haupt- und nebenberuflich tätige Person             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) (weggefallen)</li> <li>b) (weggefallen)</li> <li>c) Geschlecht und Beschäftigungsumfang,</li> <li>d) für das pädagogische, <b>heilpädagogische, medizinische, therapeutische</b> und in der Verwaltung tätige Personal zusätzlich Geburtsmonat und Geburtsjahr, Art des Berufsausbildungsabschlusses, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich.</li> </ol> </li> </ol> <p>(10) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Art des Trägers,</li> <li>2. die Ausgaben für <b>Einzel-, Gruppen- und Infrastrukturleistungen</b>, gegliedert nach Ausgabe- und <b>Leistungsart</b> sowie die Einnahmen nach Einnahmear</li> <li>3. die Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen nach Arten gegliedert nach der Einrichtungsart,</li> <li>4. die Ausgaben für das Personal, das bei den örtlichen und den überörtlichen Trägern sowie den kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbänden, die nicht örtliche Träger sind, Aufgaben der Jugendhilfe wahrnimmt.</li> </ol>
<p><b>§ 100 Hilfsmerkmale</b> Hilfsmerkmale sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen,</li> <li>2. für die Erhebungen nach § 99 die Kennnummer der <b>hilfeleistenden</b> Stelle oder der auskunftsgebenden Einrichtung; soweit eine Hilfe nach § <b>28</b> gebietsübergreifend erbracht wird, die Kennnummer des Wohnsitzes des Hilfeempfängers,</li> </ol>	<p><b>§ 100 Hilfsmerkmale</b> Hilfsmerkmale sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen,</li> <li>2. für die Erhebungen nach § 99 die Kennnummer der <b>Leistung erbringenden</b> Stelle oder der auskunftsgebenden Einrichtung; soweit eine Hilfe nach § <b>30</b> gebietsübergreifend erbracht wird, die Kennnummer des Wohnsitzes des Hilfeempfängers,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>3. für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 2, 3 und 6 die Kenn-Nummer der betreffenden Person,</p> <p>4. Name und Telefonnummer sowie Faxnummer oder E-Mail-Adresse der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.</p>	<p>3. für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, 2, 3 und 6 die Kenn-Nummer der betreffenden Person,</p> <p>4. Name und Telefonnummer sowie Faxnummer oder E-Mail-Adresse der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.</p>
<p><b>§ 101 Periodizität und Berichtszeitraum</b></p> <p>(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5 sowie nach Absatz 6a bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen, <del>die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche betreffen, beginnend 2007.</del> Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle zwei Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 8 erstmalig für das Jahr 2015 und die Erhebungen nach § 99 Absatz 9 erstmalig für das Jahr 2014.</p> <p>(2) Die Angaben für die Erhebung nach</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 99 Absatz 1 sind zu dem Zeitpunkt, zu dem die <b>Hilfe</b> endet, bei fortdauernder <b>Hilfe</b> zum 31. Dezember,</li> <li>2. bis 5. (weggefallen)</li> <li>6. § 99 Absatz 2 sind zum Zeitpunkt des Endes einer vorläufigen Maßnahme,</li> <li>7. § 99 Absatz 3 Nummer 1 sind zum Zeitpunkt der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über die Annahme als Kind,</li> <li>8. § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a und Absatz 6a, 6b und 10 sind für das abgelaufene Kalenderjahr,</li> <li>9. § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b und Absatz 4, 5 und 9 sind zum 31. Dezember,</li> <li>10. § 99 Absatz 7, 7a und 7b sind zum 1. März,</li> <li>11. § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung,</li> <li>12. § 99 Absatz 8 sind für das abgelaufene Kalenderjahr</li> </ol> <p>zu erteilen.</p>	<p><b>§ 101 Periodizität und Berichtszeitraum</b></p> <p>(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5 sowie nach Absatz 6a bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen. Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle zwei Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 8 erstmalig für das Jahr 2015 und die Erhebungen nach § 99 Absatz 9 erstmalig für das Jahr 2014.</p> <p>(2) Die Angaben für die Erhebung nach</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 99 Absatz 1 sind zu dem Zeitpunkt, zu dem die <b>Leistung</b> endet, bei fortdauernder <b>Leistung</b> zum 31. Dezember,</li> <li>2. bis 5. (weggefallen)</li> <li>6. § 99 Absatz 2 sind zum Zeitpunkt des Endes einer vorläufigen Maßnahme,</li> <li>7. § 99 Absatz 3 Nummer 1 sind zum Zeitpunkt der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über die Annahme als Kind,</li> <li>8. § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a und Absatz 6a, 6b und 10 sind für das abgelaufene Kalenderjahr,</li> <li>9. § 99 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b und Absatz 4, 5 und 9 sind zum 31. Dezember,</li> <li>10. § 99 Absatz 7, 7a und 7b sind zum 1. März,</li> <li>11. § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung,</li> <li>12. § 99 Absatz 8 sind für das abgelaufene Kalenderjahr</li> </ol> <p>zu erteilen.</p>
<p><b>§ 102 Auskunftspflicht</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Auskunftspflichtig sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die örtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden,</li> </ol>	<p><b>§ 102 Auskunftspflicht</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Auskunftspflichtig sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die örtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden,</li> </ol>

Bisherige Fassung	Entwurfassung für 2023 (einschl. Änderungen für 2017)
<p>2. die überörtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 3 und 7 und 8 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden,</p> <p>3. die obersten Landesjugendbehörden für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 8 bis 10,</p> <p>4. die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde für die Erhebung nach § 99 Absatz 10,</p> <p>5. die kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindeverbände, soweit sie Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen, für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 bis 10,</p> <p>6. die Träger der freien Jugendhilfe für Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie eine Beratung nach § 28 oder § 41 betreffen, nach § 99 Absatz 8, soweit sie anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 oder Absatz 3 sind, und nach § 99 Absatz 3, 7 und 9,</p> <p>7. Adoptionsvermittlungsstellen nach § 2 Absatz 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 1 des Adoptionsvermittlungsgesetzes sowie anerkannte Auslandsvermittlungsstellen nach § 4 Absatz 2 Satz 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 2a Absatz 3 Nummer 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 1 sowie gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2a für die Zahl der ausgesprochenen Annahmen und gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2b für die Zahl der vorgemerkten Adoptionsbewerber,</p> <p>8. die Leiter der Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 9.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>2. die überörtlichen Träger der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 3 und 7 und 8 bis 10, nach Absatz 8 nur, soweit eigene Angebote gemacht wurden,</p> <p>3. die obersten Landesjugendbehörden für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 8 bis 10,</p> <p>4. die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde für die Erhebung nach § 99 Absatz 10,</p> <p>5. die kreisangehörigen Gemeinden und die Gemeindeverbände, soweit sie Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen, für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 bis 10,</p> <p>6. die Träger der freien Jugendhilfe für Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie eine Beratung nach § 28 oder § 30 betreffen, nach § 99 Absatz 8, soweit sie anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 oder Absatz 3 sind, und nach § 99 Absatz 3, 7 und 9,</p> <p>7. Adoptionsvermittlungsstellen nach § 2 Absatz 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 1 des Adoptionsvermittlungsgesetzes sowie anerkannte Auslandsvermittlungsstellen nach § 4 Absatz 2 Satz 2 des Adoptionsvermittlungsgesetzes aufgrund ihrer Tätigkeit nach § 2a Absatz 3 Nummer 3 des Adoptionsvermittlungsgesetzes gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 1 sowie gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2a für die Zahl der ausgesprochenen Annahmen und gemäß § 99 Absatz 3 Nummer 2b für die Zahl der vorgemerkten Adoptionsbewerber,</p> <p>8. die Leiter der Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen in der Jugendhilfe für die Erhebungen nach § 99 Absatz 7 und 9.</p> <p>(3) [...]</p>